



Anstatt eine transparente App gegen das Virus voranzutreiben, verzettelt sich Deutschland im Chaos, fürchtet **Stephan Scheuer**.

Corona-App

Chaos statt Strategie

Deutschland und Europa haben eine Chance. Sie können zeigen, dass eine Smartphone-App helfen kann, die Corona-Pandemie einzudämmen, ohne die Privatsphäre ihrer Bürger auszuhöhlen. Bislang verspielt Berlin allerdings diese Chance. Es gibt zu viele Ansätze, und ein klares Bekenntnis zur Transparenz fehlt. Das gefährdet das Projekt noch vor dem Start.

Der erste Fehler war die Vorstellung der App „Datenspende“ durch das Robert Koch-Institut (RKI). Sie beschränkt sich zunächst darauf, Besitzer etwa von smarten Fitnessbändern zum Teilen ihrer Daten zu bewegen. Doch Experten diagnostizierten erhebliche Sicherheitsmängel in dem Programm. Das ist ein fataler Befund. Schließlich geht es hier um sensible Daten. Das RKI hatte anscheinend das von der Firma Thryve entwickelte Programm nicht ausreichend geprüft.

Das chaotische Vorgehen setzt sich fort. Denn noch ist die zentrale App, mit der Deutschland Infektionsketten nachverfolgen will, nicht da. Rund ein Dutzend Teams tüftelt an eigenen Lösungen. Berlin hat sich einfach noch nicht festgelegt, welcher Weg der richtige ist.

Mit dem Helmholtz Zentrum für Informationssicherheit besitzt Deutschland ein hervorragendes Amt für Cybersicherheit. Doch es konnte lange mit seinen Empfehlungen nicht durchdringen. Zumindest seit dem Wochenende sieht es so aus, als achte die Bundesregierung auf die Ratschläge dieser Experten.

Währenddessen irrlichtern die Landkreise in Allmachtsfantasien von Orwell'schem Ausmaß. Sie wollen die Apps zu Überwachungstools umfunktionieren, um jeden Bürger verfolgen zu können. Anstatt solche schädlichen Vorschläge zurückzuweisen, hält sich Berlin zurück.

Es lässt sich nicht oft genug sagen: Eine App kann nur erfolgreich sein, wenn sie transparent mit höchstem Datenschutz aufgebaut ist. Sonst wird sie nicht akzeptiert. Eine App lässt sich einfach austricksen. Nur durch Mithilfe der Bürger wird sie zum Erfolg. Zwang ist falsch.

Der Autor ist Leiter des Technologie-Teams.
 Sie erreichen ihn unter:
scheuer@handelsblatt.com



Der Schutz von Gesundheit und Menschenleben darf in der Coronakrise kein eindimensionales Ziel sein, warnt **Gregor Waschinski**.

”

In der Coronakrise sind wir in unerträglicher Deutlichkeit mit Güterabwägungen konfrontiert, die wir gerne ausblenden.

Coronakrise

Der Preis des Lebens

Was ist der Preis für ein Menschenleben? Es ist eine obszöne Frage. Ein Menschenleben ist unbezahlbar, die unveräußerlichen Rechte des Individuums stehen über den Interessen von Staat und Wirtschaft. Das ist der Kerngedanke unserer Verfassungsordnung, die sich aus der zweitausendjährigen jüdisch-christlichen Tradition und der Aufklärung herauschälte. Im Grundgesetz steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Kanzlerin Angela Merkel hat sich auf Artikel 1 berufen, der den Schutz von Leben und Gesundheit in der Corona-Pandemie gebietet. Mehr geht nicht, um Politik in der Bundesrepublik zu begründen.

Bilder von überfüllten italienischen Krankenhäusern und sich auftürmenden Särgen in New York haben unsere Wahrnehmung geprägt. Epidemiologische Modelle sagten auch für Deutschland das Schlimmste voraus, eingetreten ist dieser Fall bisher zum Glück nicht. In einem ersten Reflex entschieden sich viele für eine ethisch mehr als nachvollziehbare Haltung: Wir müssen alles tun, um Menschen vor dem Corona-Tod zu bewahren. Doch zunehmend dringt das Dilemma durch, das nicht erst seit dieser Krise über politischen Entscheidungen schwebt: Welchen Preis sind wir bereit, für welches Leben zu zahlen? Das ist keine kalte Frage von wirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Logik, sondern eine gesamtgesellschaftliche Güterabwägung. Es ist höchste Zeit, diese Debatte ehrlich zu führen.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat in einem Interview einen bemerkenswerten Satz gesagt: „Wenn ich höre, alles andere habe vor dem Schutz von Leben zurückzutreten, dann muss ich sagen: Das ist in dieser Absolutheit nicht richtig.“ Die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde „schließt nicht aus, dass wir sterben müssen“. Der Deutsche Ethikrat wies bereits Ende März darauf hin, dass dem Schutz menschlichen Lebens „nicht alle anderen Freiheits- und Partizipationsrechte sowie Wirtschafts-, Sozial- und Kulturrechte“ bedingungslos untergeordnet werden dürften. „Ein allgemeines Lebensrisiko ist von jedem zu akzeptieren.“

Zur Jobbeschreibung von Versicherungsmathematikern gehört die makabre Aufgabe, das Risiko von Leben und Tod in Euro und Cent zu beziffern. Das ist keineswegs eine Eigenheit der privaten Versicherungswirtschaft. Die gesetzlichen Krankenkassen schauen ebenfalls auf Sterbekosten. Ihre bittere Kalkulation: Das Sterben von Kindern und Jugendlichen ist für sie am teuersten, da in diesen Fällen hohe medizinische Kosten geringen Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds gegenüberstehen.

Leben und Tod werden auch auf gesellschaftlicher Ebene bepreist, materiell und immateriell, jeden Tag. Wir entscheiden uns, wie viel Geld wir über unsere Beiträge in das Gesundheitswesen stecken. Und wir sind offenbar zu dem Schluss gekommen, dass es nicht erforderlich ist, dauerhaft eine große Reserve an Intensivbetten für den Fall einer Pandemie vorzuhalten. Wir wägen ab zwischen Grenzwerten bei Abgasen einerseits und unserem Mobilitätsbedürfnis andererseits, obwohl bei strikteren Normen mutmaßlich weniger Menschen sterben. Die Debatte über die Organspende endete vergangenes Jahr mit dem Ergebnis, dass niemandem nach dem Tod Organe entnommen werden dürfen, der nicht zu Lebzeiten ausdrücklich zugestimmt hat. Den Persönlichkeitsrechten wurde ein höherer Wert beigemessen als der Möglichkeit, Leben zu retten.

Die Bepreisung von Menschenleben durch Politik und Gesellschaft ist ein zumeist abstrakter Vorgang. Sie passiert auf einer Makroebene, das macht sie im Alltag erträglich. In der Ausnahmesituation der Coronakrise aber sind wir in unerträglicher Deutlichkeit mit jenen Güterabwägungen konfrontiert, die wir sonst gerne ausblenden. Wir wollen die alten und schwachen Menschen vor dem Virus schützen, wir wollen eine Überforderung des Gesundheitssystems vermeiden. Aber um welchen Preis?

Ein schwerer Wirtschaftseinbruch ist unvermeidbar, jede zusätzliche Shutdown-Woche verursacht weitere Schäden in Milliardenhöhe. Ein Wohlstandsverlust, der die ganze Bevölkerung treffen wird. Die verfassungsrechtlichen Bedenken wachsen, je länger zentrale Freiheitsrechte in der Logik eines „Ausnahmestands“ eingeschränkt werden. Die Verabsolutierung eines schutzwürdigen Ziels darf am Ende nicht die freiheitlich-demokratische Grundordnung beschädigen, die genau diesen Schutz garantiert.

Bei den Folgen geht es ebenfalls um Leben und Tod, wenngleich nicht unmittelbar: Ein leistungsfähiges Gesundheitswesen ist kaum finanzierbar, wenn eine Volkswirtschaft am Boden liegt. Auch Arbeitslosigkeit oder psychologische Härten machen Menschen krank. Studien zeigen, dass Stresserfahrungen bei Kindern zu Erkrankungen im Erwachsenenalter und geringerer Lebenserwartung führen können. Gesundheit hat auch eine soziale Dimension.

Was also ist der Preis für ein Menschenleben? Diese Frage beantworten wir bei unseren Corona-Entscheidungen stets mit. Ob wir wollen oder nicht.

Der Autor ist Korrespondent im Hauptstadtbüro.
 Sie erreichen ihn unter:
waschinski@handelsblatt.com

Worte des Tages



„Wenn ich höre, alles andere habe vor dem Schutz von Leben zurückzutreten, dann muss ich sagen: **Das ist in dieser Absolutheit nicht richtig.**“

Wolfgang Schäuble, Bundestagspräsident